

An

- > Familienausschuss des Deutschen Bundestags
- > Verteiler Politik
- > Verteiler Fachebene Bund
- > Verteiler Medien

Stellungnahme zur Beschlussvorlage der Jugend-und Familienministerkonferenz zum Wiedereinstieg in die Kindertagesbetreuung

Eine behutsamer Wiedereinstieg ohne Zeitplan verlängert das Leiden von Kindern und Eltern !

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestags,
Sehr geehrte Familienpolitikerinnen- Politiker in Bund, Ländern und Gemeinden

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Die Beschlussvorlage der Familienministerkonferenz vom 28.4. zur schrittweisen Öffnung der Kitas ist ein richtiger aber völlig unzureichender Kompromiss ohne klare Perspektive und wird das Leiden vieler Kinder und Eltern auf unbestimmte Zeit verlängern.

Dieser Kompromiss ist Ausdruck einer Verzagtheit in der politischen Bereitschaft, Bedürfnissen von Eltern und Kindern angemessen gerecht zu werden und ist auch nicht mehr durch fachliche Expertise begründbar. Im Gegenteil : Die schwerwiegenden Folgen für immer mehr Kinder durch den radikalen Ausschluss von allen Aussenkontakten, Spielmöglichkeiten und die Verweigerung von familienunabhängiger Bildung und Betreuung sind schon eingetreten und Kinderärzte , Psychologen, Soziologen und Pädagogen fordern jeden Tag umso dringlicher eine sofortige Kehrtwende.

Mich erreichen seit Wochen täglich immer mehr Hinweise auf nicht mehr zu verantwortende Auswirkungen :

So haben Schlafstörungen, Alpträume, Essstörungen , sprachliche Rückentwicklungen , Konzentrationsstörungen, Aggressionsschübe und Apathie deutlich zugenommen. Viele Kinder habe ständig Angst und ihren Lebensmut und ihre Fröhlichkeit verloren. In vielen Familien kommen auch noch Existenzängste hinzu und immer mehr Eltern sind am Ende ihrer Kraft. Für Alleinerziehende ist schon längst eine gesundheitsgefährdende Überlastung eingetreten.

Das alles nehmen wir in Kauf, obwohl wir die Erfahrung gemacht haben , dass die Infektionsverläufe und die Infektionsübertragung auf Erwachsene bei der Altersgruppe der unter 10 - jährigen sich deutlich von denen aller anderen Altersgruppen unterscheiden. Auch andere Länder haben diese Erfahrung gemacht.

Die Lobby für die Interessen und die Rechte von Eltern und Kindern muss dringend gestärkt werden. Die bundesweite Vorreiterfunktion, die zur Zeit Hamburgs Bürgermeister Tschentscher und Hamburgs Sozialsenatorin Leonhard einnehmen, bedarf dringend der Unterstützung durch Sie als Fachleute und FamilienpolitikerInnen aller Parteien in Bund , Ländern und Gemeinden.

Beim nächsten Gipfel von Bundesregierung und Ländern müssen über diesen Beschlussvorschlag hinausgehende Entscheidungen getroffen und konkrete Zeitziele benannt werden, die sich daran orientieren, dass keine Einschränkungen zulasten von Kindern und Eltern mehr aufrecht erhalten werden, deren Nutzen umstritten deren Schaden aber unstrittig ist.

Dazu gehören insbesondere die sofortige Öffnung von Spielplätzen , die baldige Wiedereröffnung aller Kitas und Grundschulen ohne Kindeswohlgefährdende Kontakteinschränkungen und Abstandsgebote im Umgang der Kinder untereinander.

Eltern und Kinder sind immer systemrelevant. Schutz und Förderung von Eltern und Kindern sind unser vorrangiger Auftrag als staatliche Gemeinschaft. Es wird höchste Zeit diesen Verfassungsauftrag auch in der Corona - Krise zu erfüllen.

Wolfgang Hammer

Soziologe, Dr.phil.

Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Deutschen Kinderhilfswerks.

Norderstedt, den 29.4.2020

Kontakt : hammer.norderstedt@gmx.de , Tel. 040-5235422